

Landesparteitag in Magdeburg

Linke-Landeschef beklagt Krise der Demokratie

Von Michael Bock



Im Gespräch (v.l.):
Sachsen-Anhalts

Landesvorsitzender Matthias Höhn und Bundeschef Lothar Bisky. Foto: Viktoria Kühne

Magdeburg. Die Linke in Sachsen-Anhalt hat sich bei einem Landesparteitag am Wochenende in Magdeburg mit dem Zustand der Demokratie befasst. Eine Rolle spielte auch die Debatte um die DDR-Geschichte. Der Bundesvorsitzende Lothar Bisky warb dafür, diese Diskussion "ruhig und besonnen" zu führen.

Nach Auffassung von Linke-Parteichef Matthias Höhn befindet sich das demokratische System in Deutschland in der Krise. "Das Vertrauen in die demokratischen Institutionen dieses Landes ist auf einem Tiefpunkt", sagte er. Von vielen Menschen werde die Demokratie sogar prinzipiell in Frage gestellt.

Die Delegierten des Parteitages beschlossen daher am Wochenende ein Konzept, in dem unter anderem gefordert wird, die Mitbestimmung in Unternehmen und Hochschulen sowie die Einflussmöglichkeiten der Bürger in den Kommunen zu erweitern. Nötig seien auch eine bessere soziale Absicherung und höhere Leistungen für Arbeitslose. Alle müssten einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungsangeboten haben.

Höhn ging in seiner Rede angesichts des Super-Gedenkjahres 2009 – 60 Jahre Staatsgründung von Bundesrepublik und DDR, 20 Jahre Mauerfall – auch auf die DDR-Geschichte ein. "Wir haben uns bereits in den 90er Jahren als PDS eine klare Position erarbeitet: deutliche Kritik an den Verfehlungen und Verbrechen in der DDR, aber keine pauschale Delegitimierung des Sozialismus-Versuchs nach 1945 und ganzer Lebensbiografien." Und: "Notwendige Kapitalismuskritik darf nicht zur Verdrängung unserer Kritik am Staatssozialismus und seinen Institutionen führen."

Bundeschef Bisky sagte, die Linke verurteile Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen worden seien, aufs Schärfste. Es sei aber erforderlich, Biografien differenziert zu betrachten. Bisky forderte die CDU auf, ihre eigene Parteigeschichte in der DDR aufzuarbeiten. "Wir werden die Geschichtsdebatte ruhig und besonnen führen", sagte er.

Eine klare Aussage in der Frage, ob die DDR ein Unrechtsstaat war, vermieden beide.

Die Delegierten beschlossen zudem ein Konzept zur Landesentwicklung, das fünf Ober- und 24 Mittelzentren vorsieht. Die Linke will damit mehr Städte mit einer besonderen Förderung versehen als die Landesregierung. Dies sei wichtig, um gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen zu garantieren, sagte Fraktionschef Wulf Gallert.

[document info]

Copyright © Volksstimme.de 2008

Dokument erstellt am 22.09.2008 um 06:05:40 Uhr

Erscheinungsdatum 22.09.2008 | Ausgabe: mdx